

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktions-  
Kassier: Rieja,  
Herausg. Nr. 24,  
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Samstaatsamts Meissen behördlich bestimmt Blatt.

Hochschullehrer  
Dresden 1890.  
Grunder:  
Riesa Nr. 22.

Nr. 166.

Dienstag, 19. Juli 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder sonst. Für den Fall des Scheiterns von Produktionsunternehmungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen in die Nummer des Ausgabens sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 2 mm hohe Einzelzeile (5 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag vorfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: „Kühler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Drucker, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Götzestraße 59. Verantwortlich für Redaktionen: Heinrich Hagemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Urteil im Stresemann-Müller-Prozess.

Das erstinstanzliche Urteil bestätigt.

Berlin. (Frankfurt.) In dem Stresemann-Müller-Prozess in Planen wurde heute vom Verfassungsgericht unter Vorsitz des Bundesrichtersdirektors Schilde das Urteil gesprochen. Unter Verwerfung, sowohl der Berufung des Angeklagten, wie der Staatsanwaltschaft, wurde das erstinstanzliche Urteil bestätigt, das bekanntlich eine

Schlichtung von 10 000 Reichsmark gegen Rechtsanwalt Dr. Müller

ausspricht. Nebenkläger und Angeklagter haben die Kosten ihrer Berufungen zu tragen, während die Kosten der Berufung der Staatsanwaltschaft auf die Staatskasse übernommen werden. Der Angeklagte hat außerdem die notwendigen Auslagen des Nebenklägers zu übernehmen.

## Deutschland und die bolschewistische Gefahr.

London. (Telunion.) Graf Bethary gewährte dem Vertreter des „Anglo-American Newspaper Service“ in London ein Interview, in dem er sich ausführlich über die Gefahr des Bolschewismus für Deutschland äußerte. U. a. erklärte er: Gewiß hat England härtestes innerpolitisches Interesse, den Bolschewismus zu bekämpfen. Ebenso ist nicht zu bezweifeln, daß der Bolschewismus weitpolitischer Natur ist und durch die imperialistischen Interessen Englands in seiner jetzigen Lage nicht berührt. Hinsichtlich der innerpolitischen bolschewistischen Gefahr verhält es sich anders, gerade für Deutschland stellt diese sogar noch eine besonders große Gefahr dar. Deutschland könnte das auf die Dauer härteste Bollwerk gegen den Bolschewismus darstellen, wenn das deutsche Volk nicht durch seine außenpolitische Lage aus Schwäche geschwächt und in die schwersten politischen Bedrohungen getrieben würde. Es muß dem Ausland immer wieder gesagt werden, wie revolutionierend die innere und äußere Lage Deutschlands gerade auf das deutsche Volk wirken wird. Wie eine Besserung eintreten soll, ist nicht ersichtlich, so lange die Reparationsverpflichtungen die Ueberlastung der deutschen Volkswirtschaft vollständig aufheben. Noch schwieriger wird die Lage, wenn Mittel transferiert werden müssen, obwohl ein Ueberfluß bei der Ausfuhr gar nicht vorhanden ist, sondern die deutsche Handelsbilanz immer stärker passiv wird. Einer Steigerung der deutschen Ausfuhr steht aber die Abzerrung fast aller Länder durch hohe Zölle entgegen. Gerade dieser Widerspruch gegen den Grundgedanken des Dawesplanes zwingt in schärfster Weise zu deutschem Dumping und macht den Aufschwung der deutschen Wirtschaft zu einem Truggebilde.

Auf der anderen Seite ist nicht zu vergessen, daß die innerpolitischen Schwierigkeiten Deutschlands und damit seine Schwächung im Kampf gegen den bolschewistischen Gedanken und durch die Politik Polens gegen Deutschland vermehrt wird. Abgesehen von den unhaltbaren Verhältnissen an der Ostgrenze ist immer wieder daran zu erinnern, daß Polen über eine Million Deutsche gezwungen hat, mittellos in das tief verarmte Deutschland hinüberzuwandern. Ebenso ist Deutschlands wirtschaftliche Lage schon geschädigt worden durch die Zerrüttung Oberschlesiens und die Abtrennung Ostpreußens. Um einen Wall gegen den Bolschewismus zu errichten, bedarf es der landlichen Stedelung im Osten, die zu den wirksamsten Mitteln gehört, um dort einen zufriedenen bodenkundigen Volksteil zu schaffen. Das aber wird verhindert durch den Handelskrieg, den Polen gegen Deutschland führt, und besonders durch die Abfuhr Polens, die deutschen Grenzen für eine breite Einfuhr polnischer Agrarprodukte zu öffnen.

Das deutsche Volk ist stark genug, sich, wie es schon oft getan hat, aus seiner wirtschaftlichen Katastrophe wieder emporzuarbeiten. Dazu bedarf es aber nicht nur der Fernhaltung jedes Hindernisses von außen her, sondern auch der festen Kräfte eines starken Nationalbewußtseins; und der Amerikaner, Engländer oder Franzosen müßte doch eigentlich Verständnis dafür gewinnen, wie sehr diese nationale Widerstandskraft gegen eine volkreunde, von Osten her kommende Gefahr, eines Umsturzes im deutschen Volke gelähmt werden muß, solange es nicht bloß seiner wirtschaftlichen und politischen Freiheit beraubt ist, und inmitten einer von Westen herkommenden Welt zur Wehrlosigkeit gezwungen bleibt, sondern vor allem von dieser Welt durch die Behauptung geschützt ist, daß es schuld am Kriege sei. Graf Bethary erinnerte daran, was der Repäsentant des deutschen Volkes, sein Führer im Kriege und jetzt im Frieden, vor Jahresfrist ausgesprochen hat: „Man hat und beschuldigt: Ihr seid die Antikristen des Weltkrieges!“ Man hat damit die Ehre des deutschen Volkes vor Gegenwart und Zukunft an den Franzosen gestellt. Diese schwere Verleumdung der Nation geht jeden Deutschen an. Hier darf es keine Parteien und Richtungen geben, sondern nur eine einzige Stimme aller, einen großen einigenden, nie ermüdenden Protest. Wir sind keine Verbrecher am Frieden der Menschheit!“

Der Name Hindenburg, der hinter diesem und anderen gleichen Behauptungen steht, hat überall in der Welt einen so guten Klang, er ist überall in so unbedingtem Maße als Vertreter des ganzen deutschen Volkes anerkannt, daß seine Stimme gehört werden muß.“

## Der Verkehrsstreit in Oesterreich abgebrochen.

Wien, 19. Juli. (Som Sonderberichterstatter des B.Z.) Der Abbruch des Verkehrsstreiks ist den Beschlüssen der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftskommission entsprechend am Mittwoch in vollem Umfang durchgeführt worden. Die Arbeitsaufnahme vollzog sich überall glatt. Nach den bisherigen Meldungen ergaben sich nur in Tirol Schwierigkeiten, wo die Eisenbahner auf einigen Bahnhöfen dem Dienstantritt verweigerten, weil die Landesregierung diese Stationen von Militär und Gendarmerie besetzen lassen. Es ist aber anzunehmen, daß diese Verfügung nicht von langer Dauer ist.

In einer Mitteilung der Generaldirektion der Bundesbahnen wird ausgeführt, daß von Dienstag früh an alle Fahrpläne wieder in Kraft sind, und Verkehren. Namentlich ist der Ansturm, namentlich auf Telephon und Telegraph, außerordentlich stark. Trotzdem wird sich der Verkehr den Verhältnissen entsprechend recht gut ab.

### Begründung zum Abbruch des Verkehrsstreiks.

Wien, 19. Juli. (Som Sonderberichterstatter des B.Z.) In der gestern abend erschienenen Extraausgabe der Arbeiterzeitung, die von dem Parteivorstand der österreichischen Sozialdemokratie und der Gewerkschaftskommission unterzeichnet ist, wird ausgeführt, daß der Beschluß der Arbeitsaufnahme in den Verkehrsbetrieben, ohne daß irgendwelche Vereinbarungen mit der Regierung abgeschlossen worden wären, gefaßt worden sei. Der Verkehrsstreik sei nicht nur zum Scheitern des Protestes, sondern vor allem auch deswegen proklamiert worden, um der Reaktion zu zeigen, daß die Arbeiterklasse kampffähig sei. Seither habe sich die Lage geändert: Der einseitige Proteststreik der Arbeiterzeitung ist beendet. In den Straßen Wiens ist seit Sonntag wieder Ruhe eingetreten. Die Sicherheiten haben aufgehört. Die Wiener Gemeindeführer sind informiert. Wir erwarten daher die Fortführung des Verkehrsstreiks nicht mehr für notwendig.

Als Grund der Einstellung des Verkehrsstreiks wird noch weiter angegeben, daß bei längerer Dauer des Streiks infolge des Stockens der Rohstoffzufuhr viele Betriebe eingestellt werden müßten. Ferner erfordere die Sicherung gegen weitere Pläne der Reaktion den Zusammenritt des Parlamentes, der erst nach der Beendigung des Verkehrsstreiks möglich ist.

Der Aufsatz spricht schließlich noch die Erwartung aus, daß der Beschluß zur Arbeitsaufnahme ebenso diszipliniert durchgeführt werde wie der Beschluß zum Streik, und dankt den Eisenbahnern, Donauschiffern, Post-, Telegraphen- und Telephonangestellten für die Beweise von Solidarität und Disziplin.

Mit der Einstellung des Verkehrsstreiks ist auch die Voraussetzung für die Einberufung des Nationalrats geschaffen. Der Tag der Einberufung hängt von den Verhandlungen mit den Parteien ab, die in den nächsten Tagen stattfinden werden.

### Die Zahl der Toten in Wien.

Wien, 19. Juli. Nach einer Meldung des Vorwärts aus Wien ist die Gesamtzahl der Todesopfer in Wien auf 87 gestiegen.

### Zahlreiche Verhaftungen in Wien.

Wien. (Frankfurt.) Die Reichspost meldet: Gestern wurden von der Wiener Polizei zahlreiche Leute verhaftet, bei denen festgestellt wurde, daß sie mit den Ausbreitungen am Freitag und Sonnabend in unmittelbarer oder unmittelbarer Zusammenhang stehen. Darunter befinden sich auch bulgarische Studenten, die sich offen als Anhänger der kommunistischen Partei bekennen. Ueber ihren Aufenthalt während der Demonstrationen machten sie widersprechende Angaben. Unter den Verhafteten soll sich auch ein prunkvoller kommunistischer Landtagsabgeordneter befinden, weiter angeblich ein Vertreter der Berliner Sowjetlandesagentur namens Penzel, der zur Zeit der ungarischen Räteregierung eine Rolle spielte.

### Kommunist Vied verhaftet.

Berlin. Das Acht-Uhr-Abendblatt meldet aus Wien über Vredburg: Der deutsche kommunistische Abgeordnete Vied sowie drei Parteifreunde, die am Sonntag im Flugzeug in Wien eingetroffen waren, sind vorläufigerweise verhaftet worden. Wie bekannt wird, hat die Wiener Staatsanwaltschaft die Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Urteil im Schattendorfer Prozess eingebracht; der Staatsanwalt hatte sich schon während der Verhandlungen energisch für eine Verurteilung der schuldigen Frontkämpfer ausgesprochen.

Wien. (Frankfurt.) Wie das Neue Wiener Tageblatt zur gestrigen Verhaftung des deutschen kommunistischen Abgeordneten Vied erzählt, ist noch nicht festgestellt, ob die Verhaftung Vieds in Wien mit den blutigen Vorfällen am Freitag in irgendeinem Zusammenhang steht. Von den Ergebnissen der eingeleiteten Erhebungen werde es abhängen, ob gegen Vied eine Unternehmung eingeleitet wird oder ob man sich damit begnügen wird, ihn an die Grenze abzuführen. Nebenfalls habe er ohne Sichtvermerk die Grenze überschritten und sich hier unangemeldet aufgehalten.

### Der Eisenbahnverkehr mit Oesterreich.

Berlin. (Frankfurt.) Der Personenverkehr von und nach Oesterreich ist, wie den Blättern mitgeteilt wird, wieder in vollem Betrieb. Der Güterverkehr wird in Gang gebracht. Auch Prag hat die Anweisung erlassen, Güter für Oesterreich wieder anzunehmen.

### Die Einberufung des Nationalrats.

Wien. (Frankfurt.) Ueber den Zeitpunkt der Einberufung des Nationalrats ist noch keine Entscheidung getroffen. Der Bundeskanzler hat mit dem Präsidenten des Nationalrats, der gestern nachmittag bei ihm erschienen war, vereinbart, daß nach der tatsächlichen Wiederaufnahme des Verkehrs mit den Parteien Rücksprache genommen werden soll, um den Tag für den Zusammenritt des Nationalrats festzusetzen.

### Die Brenner-Grenze für Oesterreicher gesperrt.

Innsbruck. (Telunion.) Wie die österreichischen Grenzgendarmereiposten mitteilen, hat der italienische Grenzpolizeikommissar gestern mittag eine Anordnung erlassen, wonach Oesterreichern, auch wenn sie im Besitz der ordnungsmäßig ausgestellten Pässe und des italienischen Einreisefums sind, die Einreise nach Italien verweigert wird. Die Einreise nach Italien wird Oesterreichern nur möglich sein auf Grund einer besonderen Einreisegenehmigung, die in Rom nachgesucht werden muß. Der Einreise aller übrigen Ausländer über die Brennergrenze steht dagegen nichts im Wege.

### Die großdeutsche Volkspartei zu den Wiener Ereignissen.

Wien. (Frankfurt.) Die Wiener Neuesten Nachrichten melden: Die Abgeordneten und der Parteivorstand der großdeutschen Volkspartei haben in einer Vollversammlung in der Wiener Ereignisse Stellung genommen. Der Parteivorstand spricht der Bundesregierung das volle Vertrauen aus und dankt der Sicherheitswache für ihre besonnenste Pflichterfüllung.

Weiter heißt es: Die volle Verantwortung für die so viele Menschenopfer forderten Ereignisse trifft ausschließlich jene politischen Kreise, die bisher eine hemmungslose Verhöhnung weiter Bevölkerungsschichten gegen die Regierung und ihre Organe getrieben haben, sie trifft insbesondere der Bürgermeister von Wien als Landeshauptmann, der durch sein Verhalten in entscheidender Stunde es verhindert hat, daß durch ein rechtzeitiges Einsetzen ausreichender Kräfte dem Blutbad vorgebeugt wurde.

### Die Sicherheitsvorkehrungen in Tirol.

Innsbruck. Die Tiroler Landesregierung teilt offiziell mit: Die Landesregierung wird die aus Anlaß des Eisenbahnstreiks getroffenen außerordentlichen Sicherheitsvorkehrungen in dem Augenblick auf das normale Maß zurückzuführen, in dem das Personal der einzelnen Stationen den Streik für beendet erklärt und den Verkehr tatsächlich wieder aufgenommen hat.

### Die deutsche Sozialdemokratie an die österreichische Sozialdemokratie.

Wien. Die Arbeiterzeitung meldet, die sozialdemokratische Partei Deutschlands hat an den Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutsch-Oesterreichs folgendes Telegramm gerichtet: Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands bittet Euch, den Angehörigen der Opfer der Wiener Demonstrationen den Ausdruck herzlichsten Beileides zu übermitteln. Im Kampf gegen die Klassenjustiz fühlen wir uns mit Euch solidarisch. Wir sind überzeugt, daß unsere kräftige Wiener Bruderpartei aus diesem schweren Kampfe im Interesse der Erhaltung der Republik schließlich gekräftigt hervorgehen wird. gen. Müller, Weis, Crispian.

### Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Schattendorfer Urteil.

Prag. Wie aus Wien gemeldet wird, hat die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil im Schattendorfer Prozess die Nichtigkeitsbeschwerde angemeldet.

### Italienische Demarche in Wien.

Berlin. (Telunion.) Nach einer Meldung aus Wien hat gestern der italienische Gesandte in Wien sowie der Vertreter eines anderen Staates wegen der Errichtung der Gemeindeführerwache in Wien bei der Regierung Seipel intern gewarnt und offiziellen Protest erhoben. Der italienische Gesandte erklärte, die Errichtung einer Schutzwache widerspreche dem Friedensvertrag. In gut unterrichteten österreichischen Kreisen in Berlin ist über einen solchen Schritt des italienischen Gesandten in Wien bisher nichts bekannt.